

Deutschland.

Berlin, 26. März. Sr. Maj. der König nahm gestern Vormittags zahlreiche militärische Meldungen entgegen, ließ sich hierauf von den Hofmarschällen Grafen Pückler und Perponcher, dem Geh. Rabinetsrath v. Mähler, dem Geh. Hofrath Bock u. a. Vorträge halten, ergab sich Mittags zum Schluß des sechsmoatigen Unterrichts-Kurses für Offizier- und Civil-Leuten nach der Central-Turnanstalt und besichtigte hierauf die Sanitäts-Kompagnie. Nachmittags konferirte der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und ertheilte dann in dessen Beisein den Gesandten Spaniens und Portugals, De Castiño und Don Luiz de Noronha, zur Ueberreichung ihrer Kreditive als Repräsentanten beim Präsidium des norddeutschen Bundes, Audienzen.

Der Ministerpräsident Graf v. Bismarck ist zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses ernannt, mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß seine Berufung als erbliches Mitglied erfolgen werde, sobald der Graf sein Majorat begründet haben werde.

In der allgemeinen Versammlung norddeutscher Maurer- und Zimmermeister, welche am 23. d. M. abgehalten und von etwa 350 Personen besucht wurde, ist eine Kommission eingesetzt worden zur Ausarbeitung eines Petitions-Entwurfs an den Reichstag, in welchem besonders die Beibehaltung der Meisterprüfungen unter zeitgemäßer Erweiterung der sachwissenschaftlichen Anforderungen als notwendig hingestellt werden soll. Diese Petition soll der Versammlung heute zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Wie wir schon bemerkten, wird es beabsichtigt, gegen Ende des nächsten Monats, oder im Anfang des Mai, zwei Kriegsschiffe nach den indischen und ostasiatischen Gewässern zu schicken. Nach Angabe der „B. Ztg.“ sollen die gedachte Korvette „Hertha“ (400 Pferdekraft und 28 Kanonen) und die Glatthead-Korvette „Medusa“ (200 Pferdekraft und 17 Kanonen) zu der Expedition ausersenden sein. Die beiden genannten Schiffe würden demnach schon einige Monate vor der Rückkunft der „Vineta“ ihre Fahrt beginnen und liegt es in der Möglichkeit, daß sie in den asiatischen Gewässern noch mehr zu thun vorfinden, als auf chinesische und malayische Plätzen zu fahnden und in den Häfen der asiatischen Handelsplätze die norddeutsche Kriegesflotte zu zeigen. Die „Vineta“ hat wenigstens den Befehl erhalten, nach vollendeter Reparatur und Verlassen Schanghai's eine Rekognoscirungsfahrt nach Formosa zu unternehmen. Das Projekt, dort eine norddeutsche Kolonie anzulegen, scheint also noch nicht aufgegeben zu sein.

Der im Ministerium des Innern vorbereitete Entwurf einer neuen Kreisordnung ist, wie wir hören, nunmehr so weit gediehen, daß man sich der Hoffnung hingeben darf, die darüber zu hörenden Vertrauensmänner noch während der laufenden Session des Reichstages berufen zu sehen.

Der Spezial-Ausschuß des Bundesrathes für die Gewerbeordnung hat am Sonnabend die allgemeine Debatte über den Entwurf beendet. Von gestern ab sollte die Spezialdebatte beginnen und durch tägliche Sitzungen so gefördert werden, daß die Einbringung der Vorlage an den Reichstag in der letzten Sitzung vor Ostern erfolgen kann. In der allgemeinen Debatte betonte man, daß die Ausführung des Entwurfs, wie er vorliege, nur in den Staaten möglich wäre, welche den preussischen Verwaltungs-Organismus hätten, und daß daher allgemeine Gesichtspunkte zu erzielen seien; eben so sei dafür Sorge zu tragen, daß einzelne Staaten durch das Gesetz nicht größere Beeinträchtigungen im Gewerbebetriebe erfahren, als bisher. Das Referat ist dem Königl. sächsischen Bundeskommissar Geh. Rath Wellig zuertheilt.

Wie wir hören, soll das Lehnwesen in den neuen Provinzen nicht unter das Justizministerium, sondern unter das Finanzministerium gestellt werden.

Die „Prov.-Korresp.“ enthält folgende Mittheilung: „Bei den Beratungen über den hannoverschen Provinzialfonds hat die Staatsregierung bekanntlich die Zusage ertheilt, daß auch für die übrigen Provinzen in ähnlicher Weise Fonds zu eigener Verwaltung aus dem Staatshaushalte ausgeschrieben werden sollen. Indem jetzt wegen Ausführung des Gesetzes in Betreff des hannoverschen Provinzialfonds die weiteren Anordnungen erlassen werden, sind gleichzeitig auch bereits Einleitungen getroffen, um der Ausführung jener Zusage zu Gunsten der übrigen Provinzen näher zu treten.“

Wie verlautet, sollte der Appellationsgerichts-Vizepräsident zu Frankfurt a. D., Herr Dr. Simson, zum Appellationsgerichts-Chef-Präsidenten in Hamm befördert werden. Herr Dr. Simson hat diese Auszeichnung abgelehnt, um nicht seines Mandats als Mitglied des Reichstages verlustig zu gehen.

Durch Ernennung des Regierungs-Assessors Kunisch von Althofen zum Landrath in Melsungen wird das Mandat zum Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Memel-Hepdetrug erledigt.

Nachdem der Graf Arnim-Bohlenburg zum Landrath des Tempeliner Kreises ernannt, war auf den 20. d. Mts. eine Neuwahl für den Wahlkreis Ruppiner-Templin angesetzt worden. Während das erste Mal Graf Arnim mit etwa 4000 Stimmen Majorität gewählt worden war, ist das Resultat diesmal noch günstiger. Er hat bei der Neuwahl 7950 Stimmen erhalten; die Gegenkandidaten zusammen nur 366 Stimmen.

Die „B. Z.“ schreibt: Dem Vernehmen nach soll der Hochverraths-Prozess wider Trabert und Plaut (Hessen) sehr interessante Resultate in Aussicht stellen; namentlich scheint schon so viel festgestellt zu sein, um eine bestimmte Solidarität vieler parlamentarischen Bestrebungen und zwar sonderbarer Weise in einer extente cordiale mit der Ultra-Demokratie, zu konstatiren.

Wie man uns aus Lübeck mittheilt, haben die bei dem Ober-Appellations-Gericht der freien Hansestädte angestellten sechs

Procuratoren eine Entschädigungsforderung gegen die preussische Regierung wegen Entziehung der Praxis in dem Gebiete der Stadt Frankfurt a. M. erhoben.

Der Ausschuß des Bundesrathes des norddeutschen Bundes für Zoll- und Steuerwesen hielt gestern Mittag zur Berathung des Vertrages mit Hessen und des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Branntweins, eine Sitzung ab.

Der Ausschuß des Bundesrathes des norddeutschen Bundes für Justizwesen trat gestern Mittag zu einer Sitzung zusammen.

Unter den Abgeordneten des Reichstages haben bereits Besprechungen wegen der Wahl des Präsidiums des Zollparlamentes stattgefunden, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß für die Funktion des ersten Vice-Präsidenten der baltische Minister Fürst Hohenlohe und für die Funktion des zweiten Vice-Präsidenten der ehemals baltische Minister Frhr. v. Roggenbach gewählt werden wird. In Betreff des Präsidenten ist man noch nicht schlüssig geworden.

Die Fraktionen des Reichstages fangen allmählich an, sich zu konstituiren und thätig zu werden. Die konservative hat, wie gestern gemeldet, bereits ihren Vorstand gewählt, die Linke ihren früheren Vorstand (Dr. Löwe, Schulze, Wigard, Waldeck und von Hoyerbed) beibehalten und auch ihre alte Geschäftsordnung wieder angenommen; die National-Liberalen wollten sich gestern Abend konstituiren und darüber schlüssig machen, in welcher Form sie ihren Antrag, die Redefreiheit der Abgeordneten in den Vertretungen der Einzelstaaten, die zum norddeutschen Bunde gehören, gegen gerichtliche Verfolgung zu schützen, einbringen werden. Der Abgeordnete Lasker wird im Reichstage den bezüglichen Antrag einbringen. Im Zusammenhange mit demselben steht ein weiterer Antrag, der aus derselben Fraktion hervorgehen soll, auf ein gemeinsames Strafgesetz und eine gemeinsame Strafprozessordnung für den norddeutschen Bund.

Bei der Konstituierung der Abtheilungen sind fast alle Kandidaten der konservativen Partei in der Minorität geblieben, selbst in der 4. Abtheilung, wo die Partei in der Majorität war, und zwar, wie die „N. Pr. Z.“ meldet, wegen zu spätem Erscheinens in der Abtheilung.

Die in der Sitzung vom Mittwoch des Reichstages vorgenommene Schriftführerwahl hat folgendes Resultat gehabt: Es haben die meisten Stimmen erhalten die Abgg. Forkel (nat.-lib.), v. Unruhe-Bomst (freikonservativ), v. Seydlitz-Bitterfeld (kons.), v. Schönning (kons.), Stumm (freikons.), Evert (altliberal), Cornely (Fortschrittspartei) und v. Puttkammer-Sorau (nat.-lib.) Nächste ihnen erhielt noch der Abg. zur Megecke (freie Vereinigung), die meisten Stimmen.

Das Marineministerium erläßt folgende Bekanntmachung: „Zusolge Allerhöchster Kabinettsordre vom 10. Januar d. J. ist der §. 16 der im Staats-Anzeiger Nr. 262 vom Jahre 1864 abgedruckten Verordnung über die Ergänzung des Offiziercorps der Königlich-Preussischen Flotte vom 16. Juni 1864, betreffend den Uebertritt von Seeleuten aus der Handelsmarine in die Kriegsmarine zum Fortdienen mit Aussicht auf Beförderung, wie folgt abgeändert: „Seeleute der Handelsmarine, welche in die Kriegsmarine mit Aussicht auf Beförderung eintreten wollen, haben außer den im §. 2 ad 1 bis 5 aufgeführten Papieren sich noch durch Zeugnisse der Schiffs-Kapitäne 1) über eine Fahrzeit von 36 Monaten, 2) über Führung, Kenntnisse und Leistungen auszuweisen. — Für die Einberufung zur Eintritts-Prüfung und die Ablegung dieser Prüfung, welche nur vor dem vollendeten zweiundzwanzigsten Lebensjahre stattfinden kann, bleiben die Bestimmungen der §§. 3 und 4 maßgebend.“

Berlin, 25. März. Norddeutscher Reichstag, 3. Sitzung, von 12¼ bis 3 Uhr. Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt. — Präsident Simson theilt mit, daß bis jetzt 182 Mitglieder angemeldet und 28 inzwischen eingetretene in die Abtheilungen verlost sind. Seitens der verbündeten Regierungen sind zwei neue Vorlagen eingebracht, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen zur Befugniß der Geschäftsleitung und die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes. — Von den Abgg. Lasker und Twesten liegt ein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung vor; die Berathung über die geschäftliche Behandlung desselben wird vorbehalten. Endlich theilt der Präsident eine Einladung des studentischen Comités zu der für die Ostpreußen am Freitag stattfindenden Aufführung der Antigone in der Ursprache mit, ein Scenarium werde für Entleerung des Beschlusses sorgen. (Große Heiterkeit.) — Unter dem Vorsitz des Herzogs von Ujest wird darauf zur Wahl des ersten Präsidenten geschritten, bei der 171 Stimmen abgegeben werden, absolute Majorität 86; davon erhalten Dr. Simson 158 Stimmen (Graf Stolberg, v. Forckenbeck, Dr. Waldeck, Graf Schwerin je 1, 9 Zettel sind unbeschrieben). Der Abg. Dr. Simson ist demnach für die Dauer der Session zum ersten Präsidenten des Hauses gewählt. — Präsident Simson: Meine Herren! Ich nehme die Wahl mit ehrerbietigem Dank für die hohe Auszeichnung an, die mir von Neuem dadurch zu Theil wird und deren Werth durch ihre Wiederholung und Ernennung für meine Empfindung natürlich nur gesteigert werden kann. Ich will gern alle meine Kraft daran setzen, das Amt in der Weise fortzuführen, die sich bis dahin der Billigung dieses hohen Hauses hat erfreuen dürfen und ich vertraue dabei auf Ihre allseitige wohlwollende und nachsichtige Unterstützung. — Bei der Wahl des ersten Vice-Präsidenten werden 172 Stimmzettel abgegeben, darunter 8 unbeschriebene, absolute Majorität 83; es erhalten Herzog von Ujest 159, v. Forckenbeck und v. Bennigsen je 2, Graf Stolberg und Dr. Löwe je 1 Stimme. Der Abgeordnete Herzog von Ujest nimmt mit einigen Worten des Dankes die Wahl an. — Bei der Wahl des zweiten Vice-Präsidenten erhält von 158 Stimmen Abg. v. Bennigsen 128 (Dr. Löwe 20, 8 Zettel waren unbeschrieben, auf zweien fanden sich je 8 Namen verzeichnet). Abg. v. Bennigsen spricht dem Hause seinen Dank aus und nimmt die Wahl an. — Das Resultat der Schriftführerwahl wird morgen verkündet werden. — Der Präsident ernennet die Abgg. Ahmann und v. Auerswald zu Quästoren des Hauses. — Von den im §. 19 der Geschäftsordnung vorgeschriebenen 9 Kommissionen sollen vorläufig nur 4 für die Geschäftsordnung, für Petitionen, für Handel und Gewerbe, und für Finanzen und Zölle gewählt werden und zwar am Freitag 12 Uhr. Die gestern eingebrachten Vorlagen sind erst zum Theil gedruckt. Es wird beschloffen, den Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung des Staats-

haushaltsetats für 1868 durch Schlußberathung zu erledigen. (Referent von Bodum-Dolffs), den Gesetzentwurf, betr. die Abgabe von Branntweinbereitung in Hohenzollern den Kommissionen für Finanzen und Handel zu überweisen; den Gesetzentwurf betreffend die Pensionen an die Angehörigen der ehemals schleswig-holsteinischen Armee einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern. Der von den Abgg. Lasker und Twesten schon in der vorigen Session eingereichte, jetzt wiederholte Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung wird durch Schlußberathung erledigt werden. Der Präsident wird versuchen, dem Abg. Schwarze, den Verfasser des in der letzten Session über den Antrag ausgegebenen Kommissionsberichts, das Referat zu übertragen; eine an denselben am heutigen Tage telegraphisch ergangene Anfrage nach Dresden ist bis jetzt ohne Antwort geblieben. — In Betreff der Kommissionen ist zu erwähnen, daß sie 14 Mitglieder zählen, die für Petitionen 28. Es sind bis jetzt 26 Petitionen eingegangen, von denen 21 durch die Vorlagen des Bundespräsidiums erledigt sind. — Der Präsident verliest hierauf eine große Anzahl von Urlaubsgebeten, die zum Theil durch die Thätigkeit der Mitglieder an den Provinzial- und Territorial-Landtagen begründet werden, u. A. das Gesuch des Herzogs von Ratibor. — Abg. Frhr. v. Rabenau beantragt, diese letzteren nicht zu bewilligen. — Abg. Graf Schwerin erkennt die Uebelstände an, die ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages mit den Einzel-Landtagen verursacht, hält jedoch das Haus nicht für berechtigt, den Mitgliedern vorzuschreiben, welche ihrer Pflichten sie für bringlicher zu erachten haben. Das korrekte Mittel zur Abhilfe sei ein an den Bundeskanzler zu richtender Antrag, eine Kollosion der verschiedenen parlamentarischen Thätigkeiten zu verhindern. — Abg. v. Rabenau theilt mit, daß ein Antrag bereits vorbereitet werde; der Zweck seines Antrages sei der, den Reichstag vor einer wiederkehrenden Beschlunsunfähigkeit zu schützen. — Abg. v. Bethusy-Suc bittet, den Antrag abzulehnen, da dasjenige Mitglied, welches zuerst davon betroffen würde, der Herzog von Ratibor, als Landtagsmarschall verpflichtet sei, den Verhandlungen des Provinzial-Landtages beizuwohnen. — Abg. Dr. Waldeck: Bei einer Kollosion mehrerer Pflichten, wie sie hier vorliegt, handelt es sich um die Frage, welche Funktion die wichtigere ist, und diese Frage kann nur im Sinne des v. Rabenau'schen Antrages beantwortet werden. Der Umstand, daß ein Mitglied zugleich Landtagsmarschall ist, hat dabei nicht die geringste Bedeutung; seine Thätigkeit als Reichstags-Abgeordneter geht allen übrigen vor und ich bitte Sie deshalb, gegen die Bewilligung des Urlaubs zu stimmen.

Abg. v. Rabenau: Der vom Abg. v. Bethusy-Suc gemachte Einwand fällt um so weniger ins Gewicht, als jeder Landtagsmarschall einen gesetzlichen Vertreter hat. — Abg. v. Reist: Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, die Urlaubsgebeten zu bewilligen, nachdem wir verschiedene andere, die durch dringende Geschäfte begründet waren, genehmigt haben. Wir müßten uns sonst auf eine Ermittlung und Prüfung aller Gründe eines Urlaubsgebets einlassen und dazu habe ich keine Lust. Mit demselben Rechte können wir nach der Ursache fragen, die einzelne Mitglieder veranlaßt, sich jetzt in Süddeutschland aufzuhalten; ich werde für die Bewilligung des Urlaubs stimmen. — Abg. Lasker: Unsere heutigen und gestrigen Verhandlungen enthalten nur eine Kritik der Regierungen, die ein solches Zusammenfallen der verschiedenen Berathungen veranlaßt haben. Die Mitglieder tragen nicht die Schuld ihrer Abwesenheit; diese ist vielmehr gesetzlich begründet und wir können deshalb nichts Anderes thun, als in gesetzlicher Form anzusprechen, daß die Autorität des Reichstages als die höchste allen übrigen vorgeht. — Nachdem noch der Abg. v. Hoyerbed gegen, der Abg. Graf Bethusy-Suc für Bewilligung des Urlaubs gesprochen, wird das Gesuch des Herzogs von Ratibor mit großer Majorität genehmigt. Der Abg. v. Rabenau zieht in Folge dessen seinen Antrag bezüglich der übrigen Gesuche zurück. Derselben werden sämmtlich bewilligt mit Ausnahme desjenigen des Abg. Buddenberg, welcher „wegen dringender Geschäfte“ einen Urlaub bis zum 20. April nachsucht. — Es folgen Wahlprüfungen, wobei 8 Wahlen ohne Widerspruch für gültig erklärt werden. — Bei Gelegenheit der in Düsseldorf vollzogenen Nachwahl wurde von der Abtheilung gerügt, daß wiederum gesonderte Militär-Wahlbezirke gebildet worden sind. Da dies auf die Gültigkeit der Wahl keinen Einfluß hat, wird auch diese Wahl für gültig erklärt, aber der Antrag angenommen, das Bundespräsidium um Vermeidung dieses irregulären Verfahrens aufzufordern.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: 1) Schlußberathung über das Gesetz, betreffend die Aenderung des Haushaltsetats für 1868; 2) Schlußberathung über den Antrag Twesten und Lasker auf Aenderung der Geschäftsordnung. (Für den Fall, daß Abg. Schwarze das Referat nicht übernehmen kann, wird Abg. Dr. Becker (Dortmund) an seiner Stelle zum Referenten ernannt.)

Münster, 24. März. Vom Provinzial-Landtag meldet der „W. M.“: „Heute früh 10 Uhr hatte der Graf v. Westphalen — da, nach achtstägigen Ferien, auf den Mittag die erste Sitzung des Provinzial-Landtages anberaumt war — die Abgeordneten ins Hotel Schwarz geladen. Der Graf erklärte daselbst vor etwa 40 Mitgliedern des Landtages, daß er gegen die ihm angebotenen polizeilichen Maßnahmen widersetzlich aufzutreten nicht für angemessen halte, übrigens aber die Wahrung seines Rechts weiter verfolgen werde. — In der demnachst abgehaltenen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde das Protokoll über die unterbrochene erste Sitzung verlesen. Ein Protest darauf erfolgte nicht und so scheint die Sache für jetzt beigelegt.“

Hannover, 23. März. Der Krieg in Abyssinien hat — wie schon erwähnt — veranlaßt, daß das erste deutsche Schiff den Suezkanal passirt und den Engländern eine Ladung verschiedener Provisionen zugeführt hat. Dieses Schiff gehört einem Hildesheimer, dem hiesigen Konsul Menshausen zu Alexandria, heißt „Courrier de Massauab“, geführt vom Kapitän Capona, und war nach einer schwierigen dreiwöchentlichen Fahrt gegen Ende Februar glücklich in Zullah, dem Kriegshafen der Engländer in Abyssinien, eingetroffen. Seine Ladung ist vorthellhaft gelöst und es nimmt jetzt in den Häfen des Rothen Meeres Rückfrachten ein. Der Abder ist übrigens, wie der „Hildesheimer Courrier“ berichtet, höchst unzufrieden mit dem vielbesprochenen Suezkanal, dessen Vollenbung noch in weiter Ferne sein soll.

Schwerin, 25. März. Das Ministerial-Reskript an die Magistrate, durch welches das Bundesgesetz vom 1. November 1867, betreffend die Freizügigkeit mit den bisherigen in Mecklenburg geltenden Bestimmungen über den Gewerbebetrieb in Uebereinstimmung gebracht wird, enthält im Wesentlichen folgende Anordnungen: 1) Die bisherige Vorschrift, wonach Bewerber um das Meisterrecht die Erlaubniß zur häuslichen Niederlassung nachzuweisen haben, ist sowohl für diesseitige Untertanen als für auf Grund des Freizügigkeitsgesetzes hier anziehende Angehörige anderer Bundesstaaten aufgehoben und durch die obigeitliche Beschleunigung über die Anzugsanmeldung ersetzt. 2) Nach beschleunigter Anzugsanmeldung darf von den Ortsobrigkeiten der selbstständige Betrieb

des Handels oder anderer Gewerbe, aus dem Grunde des fehlenden Niederlassungs- oder Bürgerrechts am Orte, nicht verweigert werden, sobald den übrigen Gesetzworfschriften für den betreffenden Gewerbebetrieb genügt worden ist. 3) Wo nach bestehendem Rechte der Gewerbebetrieb mit dem Bürgerrechtswange verbunden ist, kann zur Erwerbung des Bürgerrechts durch Strafverfügungen angehalten, der begünstigte Gewerbebetrieb jedoch nicht untersagt werden. Die Erwerbung des Bürgerrechts darf nicht verweigert werden.

Darmstadt, 25. März. Die Abgeordnetenversammlung hat die Uebereinkunft mit dem Bankhause von Erlanger Söhne in Frankfurt a. M. betreffs der Uebernahme der oberhessischen Eisenbahnen sowie den mit der Mainz-Ludwigshafener Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrag über die Eisenbahnbauten in Rheinhessen (Worms-Bentheim und Odenwaldbahn) nach den vom Ausschusse beantragten Modifikationen mit großer Majorität genehmigt.

Stuttgart, 25. März. Bei den Abgeordnetenwahlen für das Zollparlament hat im 13. Wahlbezirk (Stuttgart) Knorp (demokratisch) 10,178, Müller (national-liberal) 4636 Stimmen erhalten. Ersterer ist somit gewählt. Ferner sind folgende noch nicht definitive Wahlergebnisse bekannt geworden: 1. Wahlbezirk (Ravensburg-Teutling): v. Neunth (konservativ-partikularistisch) erhielt 3526, Springer (nat.-lib.) 257 St. 2. Wahlbezirk: Probst (ultramontan) 3561, Kaula (liberal) 213 St. 3. Wahlbezirk: Schöfelle (partikularistisch-demokratisch) 2250, Pfeiffer (national-liberal) 607 St. 4. Wahlbezirk: Minister v. Barnbüler 4764, Ditto (national-liberal) 773 Stimmen. 5. Wahlbezirk: Freisleben (demokratisch) 3851, Roemer (national-liberal) 1916 Stimmen. 6. Wahlbezirk: Daffner (demokratisch-partikularistisch) 2351, Hoelder (national-liberal) 570 Stimmen. 7. Wahlbezirk: Mohl 1566, Reckberg (ultramontan) 660 Stimmen. Im 8. Wahlbezirk ist Mittnacht gewählt. 10. Wahlbezirk: Reibel (demokratisch) 3400, Goppelt (nat.) 660. 14. Wahlbezirk: Dörtenbach (demokratisch) 5946, Eben (nat.-lib.) 702 Stimmen.

Stuttgart, 25. März. Bei den nunmehr bekannten 15 Wahlen zum Zollparlament erhielten Probst, Daffner, Dörtenbach, Barnbüler je über 10,000 Stimmen in ihren Wahlbezirken, Neunth, Schöfelle je über 10,000, Mohl und Kamm über 6000 Stimmen. Römer und Freisleben stehen zur engeren Wahl. Die Parteistellung der Gewählten ist folgende: 6 Ministerielle, 4 Demokraten, 5 Partikularisten. Kein National-Liberaler wurde bisher gewählt.

Wien, 25. März. Der Kampf um das Konkordat ist in der Hauptsache entschieden. Die bischöflichen Verteidiger desselben haben den Rückzug angetreten und erklären in einer Zuschrift an den Vorsitzenden des Herrenhauses, daß sie nach dem Beschluß des Hauses vom Sonnabend, wonach die Rücksicht auf vertragmäßige Verpflichtungen des Staates verleiht sei, an den Verhandlungen über die dem Konkordat widerstehenden Gesetzesentwürfe nicht Theil nehmen können. Unter den Unterschriften der Kirchenfürsten befindet sich auch die des Dr. Heinrich Förster, Fürstbischofs von Breslau. Die Zuschrift wurde in der gestrigen Sitzung des Herrenhauses verlesen und das Ehegesetz nach einer kurzen Spezialdebatte noch in derselben Sitzung in dritter Lesung angenommen. Einiger Änderungen wegen wird der Entwurf noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen; dasselbe wird sich aber beeilen, seinen Beitritt zu den Änderungen zu erklären.

Aus den Provinzen meldet bereits der Telegraph von der freudigen Erregung, welche die Nachricht von dem Sieg der liberalen Partei daselbst hervorgerufen hat. In Graz z. B. hat man illuminiert; der Gemeinderath von Salzburg hat gestern beschlossen, eine Dankadresse an das Herrenhaus zu richten; das Stadtverordneten-Kollegium von Triest beschloß ein Dankvotum an das Gesamtministerium.

Von den Ovationen des Sonnabend hört man noch, daß auch dem Herrn v. Beust eine stürmische Huldigung dargebracht wurde. Er wurde unter den Prominenten, die sich die Illumination ansahen, erkannt, mit Hochs begrüßt und von einer fortwährend wachsenden Volksmenge bis zu seinem Palais am Ballplatz begleitet. Unterwegs versuchte er einmal zu sprechen, konnte aber im Gedränge nur sagen: „Bisher hat uns noch immer ein feindlicher Geist getrennt; dieser Geist ist mit dem heutigen Tag verschwunden.“ Die kurze Rede, mit der er die Menge vor seiner Wohnung entließ, begann er mit den Worten: „Meine lieben Landsleute, so darf ich Sie wohl nennen?“ „Gewiß, gewiß: Sie schon!“ lautete die Antwort. Auch Dr. Mühlfeld, dessen Anregung der siegreiche Ausgang des jetzigen Kampfes zu nicht geringem Theil zu verdanken ist, bekam auf seinem Krankenlager noch um die Mitternachtsstunde einen Gruß der Volksmenge. Erwähnenswerth ist es, daß bei dieser Gelegenheit die Ungarn etwas aufhauten: Gegen 40 Abgeordnete hatten sich Abend im Hotel Stadt Frankfurt zum gemeinschaftlichen Diner versammelt, an dem auch Graf Anton Auersperg theilnahm. Plötzlich erschienen mehrere ungarische Delegirte, darunter Pulszky, im Saale beglückwünschten den Grafen Auersperg und umarmten ihn. — In der Sitzung der ungarischen Delegation war Fürst Auersperg stürmisch begrüßt worden, alle Delegirten eilten auf ihn zu und drückten ihm ihre Anerkennung aus.

Hier ist eine militärische Notabilität, der kommandirende General im Jahre 1859, Graf Giulay, sehr bedenklich erkrankt und sein Zustand läßt keine Hoffnung auf Besserung hegen.

Wetzl, 23. März. Deal empfing heute die Deputation aus Szegedin und Steinamanger, welche ihm ihr Vertrauen (Angestichts der Agitation der Linken) ausdrückten. Der Deputation aus Szegedin erwiderte der Führer der Rechten, er danke für das Vertrauen; dasselbe sei sein größter Schatz; doch solle sich dasselbe auch abwenden, so werde er bei seiner Ueberzeugung beharren. Jetzt sei die Zeit blumiger Reden vorüber. Jetzt müsse gehandelt werden. Die fernere Negation wäre ein Unglück. Die Nation habe jetzt positiven Boden, von dem ausgehend sie Großes leisten könne.

Bern, 25. März. Landammann Dr. Heer, der Bundes-Gesandte in Berlin, wird als Vertreter der Schweiz bei Wiederaufnahme der Unterhandlungen über einen schweizerisch-deutschen Handelsvertrag bezeichnet.

Paris, 22. März. Die Journale von Bordeaux bringen folgende Einzelheiten über die Vorgänge in dieser Stadt. Der

Polizei-Kommissar (sein Name ist Sorling), welcher den Aufständischen in der Rue de la Trésorerie entgegentrat, erhielt einen Stockhieb über das Gesicht, der ihm die Lippe spaltete und zwei Zähne zerschmetterte. Der Gewürzkrämer, welcher ihn schützen wollte, wurde ebenfalls im Gesichte verletzt. Die Bande, ungefähr 200 Mann, zerstreute sich, als der Central-Polizei-Kommissar an der Spitze einer Anzahl Agenten herbeieilte. Am Morgen hatte dieselbe die Straßen St. Catharina bis zur Pyramide, den Boulevard de l'Impératrice und die Avenue Caudéran durchzogen. Nach dem „Journal de Bordeaux“ hat sie dabei die Marschälle gesungen, „Es lebe die Republik!“ gerufen und eine rote Fahne mitgeführt. 14 Personen wurden verhaftet. Die „Gutenne“ besagt eben so, daß gestern Morgen ein Trupp junger Leute in Courmy umherzog, die im Knopfloche Mohrrüben trugen. Sie haben nach dem genannten Blatte ihre Mohrrüben auf dem Gitter aufgespiant, welches das Standbild Napoleons III. umgibt. Der Sockel der Statue trägt die Aufschrift: „l'Empire c'est la paix.“ Sie tanzten um die Statue im Kreise her. Die Mohrrüben verschwanden sofort, da die Polizei sie wegnahm. Gegen 2 Uhr herrschte auf den Alleen von Courmy, dem Place de la Comédie und auf einem Theile des Cours du XXX Juillet eine große Bewegung. Der Revisionsrath hielt eben eine Sitzung ab. Um 2 1/4 Uhr zog eine Bande mit einer Art rother Fahne auf den Place de la Comédie und stellte sich längs der Bibliothek auf. Sofort eilte ein Polizei-Kommissar mit einigen Agenten herbei. Der Fahnen-träger ward festgenommen. Nach einem kurzen Kampfe ergriffen die Reuterer die Flucht. Sie wurden von dem Polizei-Kommissar, der seinen Degen gezogen, einem Gendarmen, der sein Gewehr gefaßt, und den Agenten, welche Stöße hatten, verfolgt. Bald füllten sich die Straßen mit einer ungeheuren Streitmacht. Der Abend verlief ruhig. Nur versammelten sich gegen 6 Uhr ungefähr 1000 Personen um die Statue des Kaisers, die mit Steinen beworfen und ziemlich stark beschädigt wurde. Vier Polizei-Agenten wurden im Ganzen verwundet.

Paris, 25. März. Der „Etenard“ dementirt das Gerücht von einer projektirten Reise der Kaiserin Eugenie nach Wien, meldet dagegen, daß die Kaiserin von Oesterreich im Juni in Paris einen Besuch machen werde, und sollen bei dieser Gelegenheit glänzende Festlichkeiten veranstaltet werden.

Der „Abend-Moniteur“ sagt in seinem Wochenbulletin: Der König von Preußen bezug in seiner Thronrede das aufrichtige Verlangen nach Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der friedlichen Maßnahmen, von denen er mit Recht die besten Resultate erwartet und welche in vollständiger Harmonie mit den Gefühlen und Ideen der europäischen Kabinette stehen.

Im gesetzgebenden Körper wurde heute zuerst Artikel 9 des Vereinsgesetzes und darauf das Gesetz im Ganzen mit 209 gegen 22 Stimmen angenommen. Das Haus hat sich verlag.

Paris, 25. März. „France“ signalirt die in preussischen Blättern enthaltenen Mittheilungen über eine bevorstehende allgemeine Entwaffnung, glaubt jedoch nicht, daß ein derartiger Entschluß in diesem Augenblick gefaßt werden dürfte.

Florenz, 24. März. In der Deputirtenkammer wurde heute die Debatte über die Wahlsteuer fortgesetzt. Corrente erklärte, daß er die Wahlsteuer nur als die äußerste Ergänzung radikaler Reformen und anderer, zur Wiederherstellung des Kredits und des finanziellen Gleichgewichts bestimmter Maßregeln acceptiren werde. Seine Partei habe vor Kurzem die Regierung unterstützt und sie würde dieses auch ferner thun, wenn die politische Leitung der Geschäfte sich fortwährend dem Laube vorthellhaft erweisen sollte, niemals aber würden er und seine Freunde ein Bündniß mit der Kirche unterstützen. — Der Finanzminister Graf Cambry-Digny antwortete auf die Einwendungen, welche von verschiedenen Rednern gegen seine Finanzvorschlüge erhoben sind. Er wies den Vorwurf zurück, daß er die Schwierigkeit der finanziellen Lage übertrieben dargestellt habe, und führte den Nachweis, daß nicht mehr als 574 Millionen aus dem Vermögen der Kirche zur Befestigung des Defizits von 1868 und des Zwangs-Courses zur Befügung seien. Deswegen könne man ein Defizit für 1869 nur durch neue Steuern vermeiden. — Der Minister wird morgen seine Rede fortsetzen.

Florenz, 25. März. Deputirtenkammer. Anlässlich einer Interpellation theilte der Ministerpräsident mit, daß die Korvette „Clotilde“ demnächst zum Schutz der nationalen Interessen nach Japan abgehen würde. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte der Minister, es sei durchaus angemessen und legal, daß eine Besteuerung des beweglichen Vermögens nur bei der Rente, welche im Besitz von Jalandern sei, zur Anwendung komme, nicht aber bei derjenigen Rente, welche sich in den Händen auswärtiger Besitzer befinde. Der Minister hob in seiner Auseinandersetzung hervor, daß von dem Gesamtbetrage der Rentenzinsen nur 28 Millionen besteuert würden.

Bukarest, 24. März. Die zuerst vom „Dzennik Lwowoki“ gebrachte und in Wiener Blättern wiederholte Nachricht, daß den hier angekommenen oder ein Asyl suchenden polnischen Emigranten eine Ausweisungsbefehl zugestimmt worden, ist eine Erfindung. Es wurde im Gegentheil erst neuerdings dem „Rathe“ der hiesigen Polengemeinde von Seiten der Behörden eröffnet, daß die den polnischen Emigranten gewährte Gastfreundschaft in keiner Weise angetastet werden würde.

Pommeru.

Stettin, 26. März. In der heutigen 12. ordentlichen General-Versammlung der Aktionäre der Neuen Dampfer-Kompagnie trug der Vorsitzende des Verwaltungsrathes, Herr Bärenroth, den Verwaltungsbericht und Geschäftsabschluss pro 1867 vor. Wir entnehmen demselben Folgendes: Das vergangene Jahr sei für die Rhederei kein besonders günstiges gewesen, da die fortwährende Kri gesucht das Vertrauen zu Geschäften nicht habe auskommen lassen. Auf der Königsberger Linie hätten nach dem die Mifernte vorauszusetzen war, die anfänglich bedeutenden Getreidetransporte gänzlich ausgeblieben und die Schiffe häufig in Ballast auf hier zurückgehen müssen. Auf der Petersburger Linie habe die durch den Getreide-Export hervorgerufene große Konkurrenz die Frachten bald bedeutend herabgedrückt. Obgleich nun alle Schiffe ununterbrochen in Thätigkeit gewesen und durchschnittlich dem Gewicht nach sehr bedeutend mehr Frachtgut als 1866 befördert, so habe die 246,772 Thlr. betragende Einnahme die vom

Jahre 1866 doch nur um ca. 36,000 Thlr. überstiegen. Nach Abzug sämtlicher Verwaltungs- und Betriebskosten sowie 10 1/2 pC. Tantième für Direktion und Verwaltungsrath, Dotirung des Reserve- und Unterstützungsfonds und endlich der Abschreibung von 20,100 Thlr. auf Entwerthung der Schiffe etc. bleibt ein Nettogewinn von 21,000 Thlr., der nach dem Vorschlage des Verwaltungsraths mit 7 pC. — 17 1/2 Thlr. pro Aktie à 250 Thaler — zur Vertheilung kommen soll. Die Verlängerung des „Grand Duc Alexis“ und des „Dyphus“, die sich sehr bewährt, haben für ersteren einschließlich eines neuen Kessels 36,944 Thlr., für letzteren 16,460 Thlr. gekostet. Hiernach stehen die Schiffe der Gesellschaft folgendermaßen zu Buch: „Grand Duc Alexis“ mit 82,000 Thlr., Arcona mit 50,500 Thlr., Dyphus mit 46,000 Thaler, Preuze mit 40,000 Thlr., Archimedes mit 39,500 Thlr., Petersburg mit 37,500 Thlr. und Bineta mit 25,580 Thlr. — Nach erhaltener Decharge pro 1867 fand die Wiederwahl des Direktors Carpentier auf 6 Jahre vom 1. April cr. ab mit einer Gehaltssteigerung von 500 Thaler statt. Wiedergewählt durch Akklamation wurden die Verwaltungs-Räthe Bärenroth und Reil sowie die Rechnungs- & Revisoren Karlutsky, Nischelsky und Otto Scheller. Für den ausgetretenen Herrn Alexander Schulz wurde Herr Ernst Böttcher einstimmig in den Verwaltungsrath gewählt.

In Bezug auf die Stellung der Gerichts-Assessoren hat der Disziplinarsenat des Obergerichtes neuerdings wieder folgende wichtige Entscheidung gefaßt: „Ein Gerichts-Assessor ist richterlicher Beamter und hat alle Pflichten eines solchen. Ein Beamter (insbesondere auch ein unbesoldeter) verliert diese Eigenschaft nicht durch die Einreichung eines Entlassungsgesuches; so lange die Entlassung nicht gewährt ist, behält er alle Pflichten eines Beamten und unterliegt der Disziplin.“

Das Obergericht hat als Rechtsgrundsatz angenommen: „Zu den Schankstuben, welche nach der Polizeistunde nicht mehr besucht werden dürfen, gehören die Lokale geschlossener Gesellschaften nicht, sollte dort auch ein Wirth (Kononom) für eigene Rechnung Getränke u. dergl. mehr gegen Bezahlung an die Mitglieder verabreichen.“

Eine Frau, die gestern Abend, um Wasser zu schöpfen, das etwas defekte Brett betrat, welches nach dem unterhalb der Baumbrücke liegenden Prähm führt, fiel dabei in die Oder, wurde aber sofort gerettet.

Ein Schlagfluß endete gestern plötzlich das Leben des in einem Gasthose am Wohlwerk eingelehrten Eigentümers Lüpke aus Köpitz. Die Leiche desselben wurde heute früh nach dem Rankenhause geschafft.

In verfloßener Nacht wurden der Maurergeselle Franz Otto und dessen Sohn, der Handlanger Paul Ditto im Raume des am Speicher liegenden Schiffes „Content“, Kapitän Rolfs aus Rendsburg, wo sie mutmaßlich in der Absicht eingestiegen waren, um zu stehlen, da sie einen leeren Sack bei sich führten, betreten und durch den Wächter verhaftet. — Vorgefunden ist dem in der Breitenstraße Nr. 45 wohnhaften Goldarbeiter E. sein an dem Hause befindliches Firmaschild gestohlen worden.

Schiffsberichte.
Swinemünde, 25. März, Vormittags. Angekommene Schiffe: Emanuel, Peters von Jasmund. Stettin (S), Brander von Leith. — Dampfer Wear, von Sunderland kommend, sibt auf dem Westergrunde fest und ist der Dampfer Anclam zur Assistenz hinausgegangen. — Wind: Westlich, still. — Nachmittags: Willem III. (S), Pfeifers von Amsterdam. Beatitude, Ramsey; Virago, Barnand von Sunderland. (Legte 2 Löfchen in Swinemünde.) Wind: N. Revier 15 F. — Dampfer Wear ist ohne Schaden ab- und eingekommen.

Börsen-Berichte.
Stettin, 26. März. Witterung: schön. Temperatur + 8° R. Wind SW.

An der Börse.
Weizen fest, per 2125 Pfd. loco gelber insänd. 96—106 R bez., ungar. 92—98 R, bunter 100—104 R bez., weißer 100—109 R bez., feiner 110—111 R bez., Frühjahr 104 1/2, 104, 103 1/2, 104 R bez., Mai-Juni 103 1/2, 103 1/2 R bez.
Roggen weichend, schließt fester, loco schwer veräußlicht, pr. 2000 Pfd. loco 73—74 R bez., 80 Pfd. Garantie 77 1/2—78 R bez., feiner 75—77 R bez., Frühjahr 74 1/2, 74 1/2, 74, 73 1/2 R bez. u. Gd., Mai-Juni 74 1/2, 73 1/2 R bez., Juni-Juli 73, 72 1/2 R bez., Juli-August 66 1/2, 66 R bez.
Gerste pr. 1750 Pfd. loco Oderbruch 52 1/2—53 R bez., schlesische u. mährische 53—54 1/2 R, feine 55 R bez., Frühjahr ohne Gewichtsgarantie schles. 52 1/2—53 R bez.
Hafer per 1800 Pfd. loco 36—37 1/2 R bez., Frühjahr 47—50 Pfd. 37 1/2, 1/2 R bez., Mai-Juni 38 1/2 R bez.
Erbsen per 2250 Pfd. loco 65—70 R bez.
Rappkuchen loco hiesige 2 R 9 Sgr bez., fremde frei Bahn 2 R 6 Sgr bez.
Petroleum loco 6 1/2 R bez., Mai-Juni 6 1/2 R bez., 6 1/2 R bez., Juli-August 6 1/2 R bez., 6 1/2 R bez., September-Oktober 6 1/2, 1/2 R bez. u. Br., 6 1/2 R bez.
Rübsol matter, loco 10 1/2 R bez., April-Mai 10 1/2, 1/2 R bez., 10 1/2 R bez., Mai-Juni 10 1/2, 1/2 R bez., Sept.-Oktober 10 1/2 R bez.
Spiritus matter, loco ohne Faß 20 1/2, 11 1/2 R bez., Frühjahr 20 1/2 R bez., 20 1/2 R bez., Mai-Juni 20 1/2 R bez., Juni-Juli 20 1/2 R bez., Juli-August 21 1/2 R bez.
Regulirungs-Preise: Weizen 104, Roggen 74, Rübsol 10 1/2, Spiritus 20 1/2.

Hamburg, 24. März. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fester, geringere Roggenarten höher bezahlt. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 180 Bankothalen Br., 179 Gd., März-April 180 Br., 179 Gd., per Frühjahr 179 1/2 Br., 179 Gd., Roggen pr. März 5000 Pfd. brutto 136 Br., 135 Gd., pr. März-April 134 1/2 Br., 133 1/2 Gd., per Frühjahr 134 Br., 133 Gd., Hafer sehr still, Rübsol sehr still, loco 23 1/2, per Mai 23 1/2, per Oktober 24. Spiritus beschränktes Geschäft, zu 28 1/2 angeboten. Kaffee fest, Zink sehr ruhig. Wetter kalt und regnerisch.

Amsterdam, 25. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen höher, pr. Mai 295 1/2, per Juni 291 1/2, pr. Juli 285. Rübsol pr. Mai 35 1/2, November-Dezember 37 1/2.

London, 25. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 5880, Gerste 4460, Hafer 20,660 Quartes.
Weizen, englischer zu vollen Preisen verkauft, fremder guter Qualität ebenfalls zu vollen Preisen gehandelt. Labungen lebhaft. Gerste fest, Hafer unverändert. Leinöl loco ab Hull 33 1/2 Br. Wetter schön aber kalt.

Wissenschaftlicher Verein.
Sonnabend, den 28. März, 7 Uhr Abends (pünktlich), im Gymnasium.
1. Herr Ober-Regierungsrath **Triest**: Ueber die Ernährung der Pflanzen mit Beziehung auf die Landwirtschaft. — 2. Herr Dr. **Behm**: Ueber den Einfluß der Civilisation auf die Gesundheit.
Nachher gemeinsames Abendessen.